

Nico Köhler, CDU-Ortsverband Grüna/Mittelbach

Da bittet Frau Dr. Susanne Kailitz um ein Interview und bekommt auf Ihre Fragen von mir ausführliche Antworten. Was Sie daraus gemacht hat, kann jeder selbst lesen: <http://www.zeit.de/.../cdu-sachsen-pegida-sebastian-fischer-a...>

Zum Vergleich noch die Fragen und Originalantworten:

Sie unterstützen den Protest der Einsiedler gegen die geplante EAE schon länger und loben die große Solidarität der Anwohner. Was heißt das? Wer ist hier mit wem solidarisch?

Die angesprochene Solidarität bezieht sich auf die Einsiedlerinnen und Einsiedler, die versuchen, ihre sachlichen Argumente vorzubringen und auf eine alternative Nutzung der Einrichtung als Bildungsstandort hinzuwirken. Ein zentraler Anlaufpunkt ist der Infostand. Neben den Informationen bekommen interessierte Einwohnerinnen und Einwohner auch einen kleinen Imbiss und Getränke. Auf diese Art wird auch eine sachliche Atmosphäre geschaffen, die auch Gewalt von vornherein ausschließt.

Wird der Protest auch weiterhin von Ihnen unterstützt, nachdem verschiedene Redner erklärt haben, man wolle nach den Anschlägen von Paris gar keine EAE im Ort mehr haben?

Ich selbst war bei diesen Aussagen nicht vor Ort und konnte diese Informationen nur der Presse entnehmen. Die Menschen in Einsiedel möchten eine EAE schon seit Beginn der Bekanntgabe dieses Standortes nicht und haben das mit den schwierigen Gegebenheiten vor Ort sachlich begründet. Sie setzen sich für einen Erhalt der Bildungseinrichtung ein, in dem zum Beispiel auch Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge angeboten werden könnten.

Sehen Sie eine Notwendigkeit, sich von Angehörigen des Organisationsteams zu distanzieren, die offen rechtsextrem sind? Warum (nicht)?

Ich distanziere mich grundsätzlich von Extremismus, egal ob dieser von links oder von rechts kommt. Als Demokrat verweigere ich aber niemanden das Gespräch, da nur in diesem eine sachliche Diskussion und die Vermittlung von demokratischen und menschlichen Werten stattfinden kann. Pro und kontra sollten offen diskutiert werden dürfen. Wer sich dieser Offenheit verschließt, braucht sich nicht zu wundern, wenn extreme Gruppen ihre Ideologie verbreiten bzw. deren Meinung verfestigt. Man muss im Ergebnis der Diskussion nicht übereinstimmen. Keine Gespräche zu führen ist aber der falsche Weg. Auf diese Art verfestigt sich die Meinung bei den Menschen, nicht mehr gehört zu werden.

Warum erscheint es Ihnen legitim, die Errichtung einer EAE zu boykottieren, wenn anderenorts für die Unterbringung von Flüchtlingen Turnhallen zweckentfremdet werden müssen? Was befürchten Sie, sollte die EAE in Betrieb gehen?

Es geht in Einsiedel nicht um mich, sondern um die Einsiedler und Einsiedlerinnen. Diese Menschen haben Bedenken, wenn ca. 550 Asylbewerber in einer Erstaufnahmeeinrichtung in ihrer 2600-Seelen-Gemeinde untergebracht werden sollen. Die Lage der Ortschaft und die Gegebenheiten in der Einrichtung sind alles andere als optimal. Nicht umsonst wurde die Genehmigung nur mit Auflagen erteilt. Selbst bei der

Realisierung der Auflagen bleiben noch Defizite. Diese wären bei einer Nutzung als Bildungseinrichtung für Flüchtlinge nicht in diesem Maß gegeben. Der Standort ist ein langjähriger Integrationsstandort. Auch dieses Thema ist von höchster gesellschaftlicher Relevanz. Als EAE wäre dieser Standort verloren.

Die von Ihnen angesprochene zweckentfremdete Nutzung von Turnhallen führt zu persönlichen Einschnitten bei der Bevölkerung und damit zu Unmut bei unseren Bürgerinnen und Bürgern. Als kommunalpolitisch Tätiger muss ich mich in erster Linie um die Menschen kümmern, die hier zu Hause sind. Es scheint so, als wären die Kapazitäten erschöpft und deshalb sollte man darüber nachdenken, ob wir eine weitere Unterbringung noch realisieren können oder ob eine Grenze bei der Zuwanderung gesetzt werden muss.

Sie sind im vergangenen Jahr zur Wahl des Stadtrats angetreten und sind aktives CDU-Mitglied. Stört es Sie, wenn Teilnehmer der Proteste in Einsiedel immer wieder skandieren, die Bürger würden von der Politik belogen und betrogen? Wo ist dahingehend Ihre persönliche Schmerzgrenze?

Das stört mich nicht, weil ich weiß, dass die Ursachen dafür in der bisherigen Sprachlosigkeit von Politik und Verwaltung zu suchen sind. Ich bin ja persönlich vor Ort und stehe den Menschen für Gespräche zur Verfügung.

In einem Interview haben Sie gesagt, sie seien Mitglied in Facebook-Gruppen, in denen zum Teil offen gegen Ausländer gehetzt wird - nicht aktiv, aber als Beobachter. Verspüren Sie kein Bedürfnis, Hetzern zu widersprechen und falsche Behauptungen zu widerlegen? Warum (nicht)? Wären Sie auch noch Beobachter, käme es zu Angriffen gegen Asylbewerber?

Ich beobachte auch linke Gruppen und Seiten, auf denen gegen anders denkende Menschen gehetzt wird und natürlich suche ich das sachliche Gespräch. Um jedoch auf alle Kommentare auf allen Seiten zu antworten, fehlt mir auf Grund meiner Berufstätigkeit einfach die Zeit.

Grundsätzlich bin ich gegen Gewalt jeglicher Art und Angriffe auf Menschen, egal welche Hautfarbe oder Nationalität sie haben. Wer zur Gewalt aufruft und diese anwendet, egal gegen wen, hat in mir keinen Fürsprecher – im Gegenteil. Das sehen manche Vertreter anderer Parteien und Wählervereinigungen anders. Diese unterscheiden in gute und schlechte Gewalt. Manche beschreiben den Aufruf zur „linken“ Gewalt sogar als künstlerische Freiheit, wie wir dieses Jahr im Stadtrat erfahren durften. Gewalt ist und wird nie eine Lösung für mich sein! Ich wünsche mir, dass ALLE Menschen friedlich miteinander leben.